

Verein forciert Energiewende

Anfrage Der Ministerpräsident beantwortet Schreiben nicht.
Von Andrea Koch-Widmann

Mehr als 730 Mitglieder hat der Ende Juli in Stuttgart gegründete Verein „Mit uns für BaWü e. V.“. Die Keimzelle sind Mitarbeiter der EnBW, die sich wegen des Trends zur Rekommunalisierung der Energieversorgung um ihre Arbeitsplätze sorgten. Die Ursprungsidee: Energiethemen in die Öffentlichkeit tragen. Neuerdings will sich der Verein ganz grundsätzlich für die schnelle Umsetzung der Energiewende starkmachen und allen Bürgern offenstehen.

Das Ziel formulierte die Vorsitzende Heidi Holzhay, seit zehn Jahren Betriebsratvorsitzende des EnBW-Regionalzentrums Stuttgart und SPD-Mitglied, Anfang Oktober in einem Brief an den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne): „Unser Verein setzt sich für eine nachhaltige, verantwortungsbewusste und ökologische Wirtschaftspolitik ein, genau wie Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.“ Deshalb wolle man einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zu energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Fragestellungen initiieren.

Eigentlich, so dachte sich die Vorsitzende, würde sie mit offenen Armen empfangen bei der Landesregierung. Doch weit gefehlt. Eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine Antwort oder gar einen Termin für ein gewünschtes Gespräch, hat Holzhay bis heute nicht. Obwohl das Staatsministerium Matthias Kleinert eine Antwort vor vier Wochen telefonisch zusagte. Kleinert war Regierungssprecher und Staatssekretär im Staatsministerium bei Lothar Späth, später Chef der Öffentlichkeitsarbeit bei Daimler-Benz, bis Mitte Juli Direktor für Außenbeziehungen beim Stuttgarter Pharmagroßhändler Celesio. Er ist bestens vernetzt in Politik und Wirtschaft und hatte sich als Türöffner für den Verein versucht und wegen eines Termins nachgehakt. Kleinert engagiert sich jetzt in dem Verein und stellt sich am Freitag als stellvertretender Vorsitzender zu Wahl.

Der 73 Jahre alte Politprofi will seinen Beitrag leisten für die Energiewende, „eine der größten Herausforderungen der Zukunft“. Kleinert ist jedoch zuversichtlich. „Wenn ein Land diese Energiewende schafft, dann ist es Baden-Württemberg.“ Allerdings müsste das Bewusstsein in der Öffentlichkeit dafür geweckt und insbesondere „die Politik zu rascheren Entscheidungen gedrängt“ werden.